

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/4941/2016
	Status: öffentlich
	Datum: 27.06.2016
Antragstellende Fraktion/en: B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

**Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Familienfreundliche Stadt
hier: Selbstverpflichtung "Eltern in der Politik"**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Um Eltern die Beteiligung in politischen Gremien zu erleichtern schließt sich die Stadt Marburg der überparteilichen Initiative von Bundestagsabgeordneten „Eltern in der Politik“ (www.eltern-in-der-politik.com) an, indem sie sich deren Zielen selbst öffentlich verpflichtet. Diese Selbstverpflichtung umfasst:

1. politikfreier Sonntag (keine Sitzungen am Sonntag)
2. Familienfreundliche Veranstaltungen (am Wochenende nur Veranstaltungen, zu denen die ganze Familie willkommen ist)
3. Effiziente Sitzungsleitung (Einladung grundsätzlich unter Angabe des Endzeitpunktes, Rücksichtnahme auf die Belange von Familien bei der Terminvergabe)
4. Flexible Arbeitszeiten (Effizienz statt Präsenz, flexible Arbeitszeiten und Teilzeit auch in Führungspositionen, Arbeitszeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Abend und am Wochenende so weit wie möglich reduzieren)
5. Fairer Wettbewerb (Besondere Rücksichtnahme auf Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die gerade ein Kind bekommen haben, keine negative Kommentierung, wenn Termine aus familiären Gründen nicht wahrgenommen werden können)

Begründung:

Wesentliches Element einer erfolgreichen Kommunalpolitik ist größtmögliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an den Entscheidungsprozessen. Gerade Eltern von kleineren Kindern aber auch pflegende Angehörige haben ein geringeres Zeitbudget als andere. Um sie einzuladen und zu ermuntern, sich in den kommunalpolitischen Gremien zu engagieren, braucht es die im Antrag genannten Regelungen, die ihnen eine Teilhabe besser ermöglichen und erleichtern.

Dr. Elke Neuwohner

Hans-Werner Seitz